3. Mündlicher Bericht des Schulausschusses und Beratung über das Gesuch des Gemeinderats Waldkirch um Errichtung einer städtisch-staatlichen Realschule in Waldkirch, Berichterstatter Abg. Wiedemann;
*10. Wahl des landständischen Ausschusses.
**11. Beratung über den Antrag der Abgg. Dr. Schofer und Gen. mit dem Entwurf eines Gesetzes über den Ruhegehalt und die Hinterbliebenenversorgung des Staatspräsidenten Geiß (Druckf. Nr. 143);
**12 Wahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters;
**13. Wahl eines Staatsrats.

Am Regierungstisch: Staatspräsident Geiß, Minister des Innern Remmele, Finanzminister Köhler, Minister des Kultus und Unterrichts Hummel, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, die Ministerialräte Dr. Jung, Föhrenbach, Dr. Parting und Steinbrenner, sowie die Amtmänner Dr. Schühly und Kohlhepp.

Präsident Dr. Kopf eröffnet die Sitzung nach 4 Uhr und gibt folgende Eingänge bekannt:

I. Gesuche:

1. der Vereine der Ruhestandsbeamten und Beamten-Hinterbliebenen in Rastatt, Gernsbach, Karlsruhe, Baden-Baden, Wiesloch, Pforzheim, Wertheim im Anschluß an das Gesuch der Vereine der Ruhestandsbeamten und Beamten-Hinterbliebenen in Heidelberg und Mannheim, die Teuerungsbeihilfen für Ruhestandsbeamte und Beamten-Hinterbliebene, Ruhegehälter und Versorgungsgebührnisse betr.

2. der A. Frank Eheleute in Flehingen, den Ankauf des Gasthauses „Zur Rose" in Flehingen, hier die Erhöhung des Kaufpreises betr.

3. des kriegsschwerbeschädigten Redakteurs W. Behrend in Mannheim um Übertragung einer Stelle in der Presseabteilung des Ministeriums des Innern.

Die Gesuche werden im Einverständnis des Hauses dem Haushaltsausschuß überwiesen.

II. Regierungsmitteilungen:

1. Schreiben des Finanzministers mit dem Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes.

Der Gesetzentwurf ist gedruckt (Druckf. Nr. 9a) und gelangt zur Verteilung, er ist zur geschäftlichen Behandlung bereits dem Haushaltsausschuß überwiesen. Das Haus erteilt hierzu nachträglich seine Genehmigung.

2. Schreiben des Ministeriums des Kultus und Unterrichts mit 110 Abdrucken der von ihm herausgegebenen „Verhandlungen der Badischen Landesschulkonferenz vom 10. bis 18. Februar 1920". — Die Übersendung wird verdankt. Die Abdrücke gelangen zur Verteilung.

III. Verhinderungsanzeigen der Abgg. D. Holdermann und Nigel.

IV. Verschiedenes:

1. Entschließung von in Freiburg und Tauberbischofsheim stattgehabten Versammlungen des Bundes Deutscher Militäranwärter, die Einreihung derselben in die Besoldungsordnung betr.

Die Entschließung der Versammlung in Freiburg, welche vom Schriftführer Abg Richter verlesen wird, lautet:

Die am 25. Juli 1920 im Kornhaussaale der Stadt Freiburg im Breisgau zahlreich versammelten Militäranwärter erblicken in ihrer Einreihung in die Personal- und Besoldungsreform eine tief kränkende Zurücksetzung. Außerdem ist der Militäranwärterstand durch die unzulängliche Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter schwer geschädigt worden.

Die Versammelten müssen daher verlangen, daß durch eine gründliche Revision dieser Reformen die ungerechten Härten beseitigt werden.

Ferner wird dringend gefordert, daß künftig zu allen Verhandlungen und Beratungen über Beamtenangelegenheiten Vertreter der Militäranwärter-Organisation hinzugezogen werden.

2. Schreiben des Reichsbundes deutscher Technik mit Abschrift einer an die badische Regierung gerichteten Eingabe, die Vorbildung und Auswahl der Beamten für den höheren öffentlichen Dienst betr., und einer Anzahl Richtlinien im gleichen Betreff. Die Abdrücke der Richtlinien werden verteilt.

3. eine Zuschrift des Vorstandes des Bundes deutscher Bodenreformer, Landesverband Baden, mit Abschrift einer Eingabe, die auch an das Reichsverkehrsministerium in Berlin gegangen ist, die Neckarkanalisierung betr.

Diese Eingabe wird im Einverständnis des Hauses an den Haushaltsausschuß verwiesen.

4. Schreiben des Staatspräsidenten folgenden Inhalts:

„Die bisherigen Mitglieder des Staatsministeriums — Staatspräsident Geiß, Minister des Auswärtigen Dietrich, Staatsrat Dr. Engler, Staatsrat Dr. Haas und Staatsrat Wittemann haben auf Grund einer Vereinbarung unter den in der Regierung vertretenen Parteien dem Staatsministerium erklärt, daß sie im Interesse der nunmehr möglich gewordenen Staatsvereinfachung von ihrem Amte zurücktreten.

Ich beehre mich namens des Staatsministeriums hiervon dem Herrn Landtagspräsidenten zur weiteren Veranlassung ergebenst Mitteilung zu machen."

Im Anschluß an dieses Schreiben ergreift das Wort

Präsident Dr. Kopf:

Diese Mitteilung kommt wenigstens den Mitgliedern des Hohen Hauses nicht überraschend. Wir haben seinerzeit, als wir die Verfassung schufen, eine größere Anzahl Ministerien vorgefunden, und wir haben damals die Frage beraten, wieviel Ministerien künftig das Land verwalten sollen. Man hat sich auf 7 Ministerien geeinigt, dazu 6 Staatsräte. Wir waren im Hause und bei der Regierung darüber einig, daß das nur ein vorübergehender Zustand sein werde und daß wir an einen Abbau würden denken müssen, sobald die Verhältnisse bei uns sich etwas gefestigt und insbesondere auf dem Gebiet des Auswärtigen und der militärischen Verhältnisse im Reich entsprechend geregelte gesetzliche Zustände für die neuen Verhältnisse geschaffen sein würden. Inzwischen haben sich auf diesen Gebieten die Verhältnisse geklärt, und es haben deshalb gerade die beteiligten Herren, die jetzt aus der Regierung auszuscheiden entschlossen sind, selbst mehrfach darauf hingewiesen, daß jetzt der Zeitpunkt für eine Staatsvereinfachung gekommen sei, und daß sie wünschen, von ihren Ämtern entbunden zu werden. Nachdem sie uns heute nun auch in amtlicher Form diese Erklärung abgegeben haben, nehmen wir als von einer in den Verhältnissen begründeten Tatsache Kenntnis davon, und es obliegt uns lediglich die angenehme Pflicht, heute dankbar der Arbeiten und Leistungen zu gedenken, die die abtretenden Männer für das Land vollbracht haben.

---

* Kam nicht mehr zur Behandlung.
** Nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt.

In schwerer Zeit, während der Revolution zumeist, haben die aus der Regierung ausscheidenden Herren das Staatsruder in die Hand genommen. Man hat sich bei uns früher als anderwärts auf die Schaffung einer Koalitionsregierung geeinigt, und es hat sich gezeigt, daß es ein glücklicher Griff war. Wenn unser Land mehr als manches andere der deutschen Länder vor schwereren Erschütterungen bewahrt geblieben ist, so ist es wesentlich dem einsichtigen Zusammenwirken der drei großen Parteien von Beginn der Revolution ab zuzuschreiben. Es ist aber auch zuzuschreiben der klugen, staatsmännischen Arbeit der Herren, die teilweise in der Regierung verbleiben, die aber jetzt zum größeren Teil aus ihr ausscheiden.

Ich bin Ihrer Zustimmung sicher, wenn ich es ausspreche, daß wir den ausscheidenden Herren an der Spitze dem Herrn Staatspräsidenten Geiß, der durch sein konziliantes Wesen erfolgreich auf die Aufrechterhaltung der nötigen Harmonie unter den drei Parteien hinzuwirken berufen und gewillt war, — ich sage, wir sind verpflichtet und ich spreche es in Ihrer aller Namen aus, daß wir ihnen Dank sagen für das, was sie nach besten Kräften für das Wohl des Landes gearbeitet haben. Wir hoffen und wünschen, daß sie nicht ganz aus dem öffentlichen Leben ausscheiden, daß sie vielmehr ihre Kräfte auch in Zukunft, wenn auch in anderen Stellungen, dem Vaterlande wie bisher opferbereit zur Verfügung stellen. Für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste des Landes bleibt ihnen Dank und Anerkennung gesichert. Möge was unter ihrer Leitung auf gesetzgeberischem und Verwaltungsgebiet geschaffen worden ist, dem Lande zum Segen gereichen! (Lebhafter Beifall).

Hierauf erhält das Wort

Staatspräsident Geiß.

Ich danke dem Herrn Präsidenten des Landtags für die freundlichen Worte der Anerkennung, die er den Herren, welche aus der Regierung ausscheiden und meiner Person soeben gewidmet hat. Ich schätze diese Worte um so mehr, als er nicht nur für seine Person, sondern für die gesamte Volksvertretung hier gesprochen hat. Ich glaube, auch im Namen aller ausscheidenden Herren hier feststellen zu dürfen, daß sie alle stets gewillt waren, das Beste für die Sache, welcher sie sich gewidmet haben, einzusetzen. Die Anerkennung, welche wir soeben zu hören die Ehre hatten, ist uns ein Zeichen dafür, daß sie durch ihre Arbeit und ihre Tatkraft das Richtige getroffen haben. Wir wollen hoffen, daß ihr Tun und Wirken unserem Lande zum Wohle und zu gesunder Weiterentwicklung gereichen möge.

Lassen Sie mich nun noch für meine Person einige Worte an Sie richten. Ich greife zurück auf den 10. November 1918, wo ich tags zuvor, am 9. November, im Auftrage der Mannheimer Arbeiterschaft mit dem damaligen Ministerpräsidenten Frhrn. v. Bodman zu verhandeln die Ehre hatte, darüber, was in der nächsten Zeit zu geschehen habe, ehe der Sturm des Zusammenbrechens hereinbreche, weil wir ahnten, daß, wenn nicht von Regierungsseite sofort Reformen eingeführt würden, die Sache nicht mehr länger zu halten sein werde. Wir waren der Meinung, daß, wenn die damalige Regierung zurücktreten und sofort der Landtag berufen würde und demzufolge dann eine parlamentarische Regierung eingesetzt würde, es möglich wäre, wenigstens bei uns im Lande Baden Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Während der Verhandlungen mit Exzellenz v. Bodman kam die Nachricht, daß in Mannheim der Umsturz sich bereits vollzogen habe und in Karlsruhe die ersten Anfänge soeben eingesetzt hätten.

Am nächsten Tage gegen ½5 Uhr nachmittags erhielt ich von Karlsruhe nach Mannheim die Mitteilung, ich möchte sofort nach Karlsruhe kommen, ich sei zum Ministerpräsidenten gewählt. Es schien mir im ersten Augenblick, als wäre ich aus einem Traum erwacht. Es war mir unbegreiflich, wie man dazu kommen könne, auf diesen verantwortungsvollen Posten einen Mann aus dem Volke zu berufen, zumal in einer Zeit, wo die alte Herrschaft zusammengebrochen und das ganze wirtschaftliche und politische Leben in Trümmern vor uns lag. Ich konnte mich nicht entschließen, sofort, wie verlangt, nach Karlsruhe zu fahren, sondern kam erst am nächsten Tage vormittags nach Karlsruhe, in der Meinung, ich werde die Herren bitten, von meiner Mitwirkung in der Regierung Umgang zu nehmen. Nach längerem Herumirren kam ich endlich im Ministerium des Innern an. Den ersten Herrn, dem ich gerade in den Weg kam, begrüßte ich und sagte ihm: Ja, ich bleibe nicht da, ich kann diesen Posten nicht übernehmen. Er sagte mir: Sie kommen mir gerade recht, ich muß auch da bleiben, da gibt es kein Ausreißen mehr. Bitte, hier Platz zu nehmen. Dieser Herr scheidet jetzt auch aus (Heiterkeit).

Ich habe gesehen, daß ein Widerstreben nichts nützen würde, sondern daß es die Allgemeinheit und das Wohl des ganzen Landes erforderte, daß ich mich der Sache zur Verfügung stellte und meine Kräfte, soweit ich solche besitze, hier einsetzte. Es war nicht leicht, die Aufgaben zu lösen, welche uns gestellt waren. Sie bestanden darin, aus dem alten zusammengebrochenen Staat einen neuen, nach moderner Anschauung, nach demokratischen Grundsätzen, also einen demokratisch-sozialen Staat aufzubauen. Wir haben alle unsere Kräfte eingesetzt. Ein jeder hat das Beste gegeben zum Wiederaufbau und zur Wiederaufrichtung unseres engeren Heimatlandes. Jeder Tag brachte neue Schwierigkeiten. Kaum war die eine Schwierigkeit behoben, so stand schon wieder eine andere im Wege, die noch schwerer zu überwinden war wie die vorhergehende. Und doch mußten sie alle überwunden werden. Dank der unermüdlichen und verständnisvollen Mitwirkung aller Behörden des Landes, der staatlichen wie der kommunalen, Dank der gewissenhaften Pflichterfüllung des gesamten Beamtenstandes und Dank des gesunden Sinnes des größten Teils der badischen Bevölkerung war es möglich, die größten Schwierigkeiten, welche im Wege standen, zu überwinden. Schon nach Umlauf von 2 Monaten waren wir in der Lage, hier in diesem Hause die erste Nationalversammlung begrüßen zu können. Baden war das erste Land aller deutschen Länder, welches sich dazu emporgeschwungen hatte, die Wahlen zur Nationalversammlung zeitig genug auszuschreiben, die Wahlen zu vollziehen und demzufolge auch die Nationalversammlung einzuberufen, um dem neuen Staat eine gesetzmäßige Grundlage zu geben, indem man dem Lande eine Verfassung schuf. Durch die Schaffung dieser Verfassung war die Plattform gegeben, auf die eine gesetzliche Regierung gestellt werden konnte. Wenn auch vieles von dem, was man anfänglich für gut und notwendig gehalten hatte, nicht erreicht werden konnte in Rücksicht auf die gegebenen Umstände, so war es doch möglich, das politische und wirtschaftliche Leben in gesunde Bahnen zu lenken und in diesen Bahnen weiterzuleiten. Möge es in Zukunft gelingen, die hohen Aufgaben zu lösen, die wir alle erstreben und die unser Volk und unser Land immer mehr vorwärts und aufwärts führen sollen. Um diesem Ziel näher zu kommen, ist unermüdliche Arbeitsleistung, Einigkeit und Geschlossenheit des gesamten badischen Volkes eine absolute Voraussetzung. Und wenn die hinter uns liegenden Gefahren überwunden werden konnten, so nur deshalb, weil Volksver-